



... UND TÄGLICH GRÜSST DAS MURMELTIER

Von Achim Czulwick – Ratsmitglied (AUF Witten)

Die so betitelte Filmkomödie aus dem Jahr 1993 mit Bill Murray erzählt die Geschichte eines Mannes, der jeden Tag das Gleiche erlebt. Was er auch tut, immer wieder startet er morgens alpträumhaft im selben Tag. Er ist in einer Zeitschleife gefangen und kommt nicht heraus.

An diesen Film werde ich spontan erinnert, wenn ich mir die vergeblichen Mühen der Wittener Stadtoberen anschau, dem Druck der immensen Schulden Herr zu werden. Was immer sie seit Jahren auch tun und beschließen, immer wieder ist der Schuldenberg da. Im Gegensatz zum Film aber nicht immer nur dieselbe Situation wie tags zuvor, sondern jedes Mal ist der Schuldenberg größer geworden. Unbeeindruckt wächst er weiter.



SCHULDENFALLE

Und das, obwohl jedes Haushaltsjahr immer noch mehr gekürzt worden ist. Doch es ist sicher wie das Amen in der Kirche, dass mit dem Haushalt für 2013, der im Dezember 2012 verabschiedet werden soll, die Schulden wieder gestiegen sein werden. Ganz nach dem Motto:

... und jährlich grüßt die Schuldenfalle!

Doch hier hören die Parallelen zur Filmkomödie auch schon auf. Weder

haben wir es mit einer Komödie zu tun, noch mit einem unerklärlichen Phänomen.

Schulden macht die Stadt, weil sie mehr ausgibt, als sie an Einnahmen erhält. Der Grund dafür liegt in aller erster Linie in einer politisch von Bund und Land gewollten Umverteilung.

SUBVENTIONEN

Umverteilt wird in die Rettungsschirme, um Großkonzerne zu entlasten. Die Subventionen für große Mo-

nopolbetriebe belaufen sich auf zig Milliarden Euro.

Die heutigen Billiglöhne dagegen werden auch in Witten Tausende von Rentnern in die Sozialhilfe treiben.

Allein RWE kassiert jährlich 6 Milliarden Euro zur Erforschung des gefährlichen Fracking: um Gas aus Schieferschichten und Kohleflözen zu fördern, wird die Vergiftung unseres Trinkwassers in Kauf genommen.

Subventionen gibt es auch für Projekte, statt die Produktion des Klimagases CO₂ zu vermeiden, es in die Erde zu pressen, damit es nicht so schnell in die Umwelt gelangt. Auch das ein hochriskantes Verfahren.

Extragelder fließen auch in Form überhöhter Strompreise für die Lüge, damit würde eine Energiewende finanziert.



Inhalt

- 1/2 Kommunalpolitik
- 3 Stadtwerkeinvestitionen
- 4/5 Zuschriften
- 6/7 Stadtentwicklung
- 8/9 Wassermanagement
- 10/11 Herbstdemo Berlin
- 12 Solidaritätsaktion

ALTERNATIVE FINANZIERUNG DER SOZIALBEITRÄGE

Der Film folgt seinem Drehbuch, doch müssen wir der Politik dieser Umverteilung folgen?

Gebraucht wird ein radikaler Umbau zur Finanzierung der kommunalen Daseinsvorsorge. Das wäre mit einer Vereinfachung des Steuersystems zu verbinden.

Erinnert sei an renommierte Vorschläge, wonach allein mit einer Steuer von nur **6 Prozent vom Umsatz** jedes Unternehmens **alle** Sozialversicherungskosten **ohne Beiträge der Beschäftigten** finanziert werden könnten! Eine solche Umsatzsteuer würde im Gegensatz zum heutigen Finanzierungssystem **lohn- und beschäftigtenintensive Handwerksbetriebe bis hin zu mittelständischen Unternehmen entlasten**, während sie umsatzstarke Giganten, die vergleichsweise wenig Menschen beschäftigen, richtig zur Kasse bitten würde. Spekulationskapital würde es besonders hart treffen. **Im Ernst: wer sollte darüber in Trauer ausbrechen?**

ALTERNATIVE KOMMUNALPOLITIK FÜR DIE MENSCHEN

Unsere Kommunalpolitik ist finanzierbar, weil sie sich gegen die Hauptursache der Verschuldung richtet, die Umverteilung. Dann können auch alternative Ideen aufgenommen und verwirklicht werden.

Dazu einige Beispiele:

- Vor Jahren forderte *AUF Witten* eine **Biogasanlage** zum Schutz der Umwelt, Entlastung der Gebührenzahler und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Doch dieser Antrag wurde aus formalen Gründen und anders als in der Vergangenheit erst gar nicht zur Diskussion zugelassen!
- Plötzlich wird doch eine Biogasanlage errichtet, aber nicht als kommunale



le Einrichtung, sondern zu zwei Dritteln **privatwirtschaftlich**. So gibt sich unter anderem RWE einen ökologischen Anstrich und nimmt dabei elegant kommunale Gelder mit.

- Von der ebenfalls von uns propagierten Planung einer **vollständigen Kreislaufwirtschaft** mit Recycling aller Müllkomponenten ist überhaupt keine Rede. Dabei könnte mit den recycelten Kunststoffen gutes Geld verdient und der Gebührenzahler entlastet werden. Doch die **Müllmonopole** sind tabu.
- Anderen Vorschlägen, auch wenn sie nicht von *AUF Witten* sind, ging es genauso. So kann **Asphalt abgefräst und recycelt** werden, bevor tiefere Schlaglöcher entstehen. Statt ewiger, teurer und zeitintensiver Flickarbeiten gibt es dann gleich eine neue Decke. Schäden am Unterbau und damit teure Sanierungen werden vermieden. Die **schlaglochfreie Gemeinde Rednitzhembach** ist mit dieser Methode als höchstverschuldete Gemeinde Bayerns **völlig schuldenfrei** geworden. **Warum werden solche positiven Beispiele nicht aufgegriffen?**
- Ein ganz problematisches Kapitel sind unsere jahrelangen Vorschläge,

die **Stadtwerke** besser zu kontrollieren. Vermeidbare Mehrausgaben in Millionenhöhe durch fehlende Sachkenntnis und mangelnde Aufsicht sollten endlich auch vermieden und **die umfangreichen Privilegien des Führungspersonals** abgeschafft werden. Im Aufsichtsrat unter Führung der Bürgermeisterin, in dem alle Fraktionen des Rates vertreten sind, verhalten unsere Vorschläge und Enthüllungen ungehört und folgenlos!

Es gibt also zwischen dem Abnickern der Umverteilung und dem Abbau kommunaler Standards in der kommunalen Daseinsvorsorge einen klaren Zusammenhang:

Die Umverteilung hat die **kommunale Selbstverwaltung schon längst aufgehoben: Kommunale Gelder sind zum Spielball von Landes und Bundeshaushalt geworden.**

Dagegen hilft kein Sparen!

Dieses unsere Daseinsvorsorge gefährdende System der finanziellen Ausblutung der Kommunen muss durchbrochen werden!

Niederschlagen der kommunalen Schulden ist dazu der erste Schritt.

Unterstützen sie uns dabei!



STADTWERKE ZAHLEN DRAUF

INVESTITION IN DAS KOHLEKRAFTWERK LÜNEN NICHT NUR EIN UMWELTVERBRECHEN, SONDERN AUCH EIN FINANZIELLES DESASTER

Ein Gastbeitrag von Thomas Matthée

Die Investitionen der Stadtwerke Witten im vom Stadtwerkeverbund TRIANEL geplanten und finanzierten Kohlekraftwerk in Lünen sind aus umweltpolitischen Gründen das falsche Signal. Denn heute muss es darum gehen, sich möglichst schnell und endgültig vom fossilen Energiezeitalter zu verabschieden.

Wie uns der Vorsitzende der Bürgerinitiative *Kontra-Kohle-Kraftwerk*, Thomas Matthée, mitteilte, wird das Kraftwerk aber auch über Jahrzehnte hinaus zu einem finanziellen Risiko, das letztlich auch am Wittener Steuerzahler hängen bleibt, unabhängig davon, ob das rechtswidrig erbaute Kraftwerk in Betrieb geht oder nicht. (Nachfolgend der Text von Herrn Matthée – die Redaktion)

„TRIANEL hat, nach der gerichtlichen Niederlage am 01.12.2011, einen neuen Genehmigungsantrag für sein Kohlekraftwerk in Lünen gestellt. In den vergangenen Monaten haben sie „wie verrückt“ bei uns im bedeutenden Naturschutzgebiet *Cappenberger Wälder* gegraben und gebohrt und die Bodenproben analysiert.

Weil das so ist, müssen die gemäß deren Genehmigungsantrag zu erwartenden Emissionen in Lünen mit berücksichtigt werden. Wenn man das aber macht, so wären die Grenzwerte für bestimmte Schadstoffe in den *Cappenberger Wäldern* bereits überschritten, und das TRIANEL Kraftwerk könnte nicht genehmigt werden.

aus mehreren Gründen definitiv bis auf weiteres nicht möglich!

Nach wie vor fehlt eine wasserrechtliche Erlaubnis zur Direkteinleitung von Kühlturabwasser und Abwasser aus der Rauchgasentschwefelung. Auch zu diesem Thema sind angeblich verbesserte Genehmigungsanträge eingereicht worden.

NEUER DEAL

Weiterhin wurde mit der STEAG (ehemalige Kraftwerkssparte der Ruhrkohle AG) ein Deal gemacht, auf Anraten des Oberverwaltungsgerichts.

Die STEAG hatte 2007 im etwa 20 km entfernten Herne einen neuen Steinkohleblock genehmigt bekommen. Dieses Projekt wurde gleichfalls vom BUND-NRW beklagt, aber es ist bisher zu keinem Urteil gekommen. Somit liegt ein „schwebendes Genehmigungsverfahren“ vor.

Das war eines der K.O. - Kriterien des Gerichts. Der Vorsitzende Richter hatte geraten, TRIANEL möge die STEAG überzeugen, die Emissionswerte für das neue Kraftwerk in Herne zu verringern, z.B. durch eine Verringerung der Jahresbetriebsstunden.

TRIANEL hat mit der STEAG nun offenbar diesen Deal gemacht, dessen Inhalt wir (noch) nicht kennen. Ganz bestimmt hat das TRIANEL eine schöne Stange Geld gekostet.

Auf jeden Fall wird es zu erheblichen Verzögerungen kommen. Die Inbetriebnahme des Lünener Kraftwerks ist

„EWIGE“ KOSTEN?

Eines ist auf jeden Fall schon jetzt klar: Alle TRIANEL-Gesellschafter zahlen drauf!

Einem Pressebericht ist zu entnehmen, dass alle Gesellschafter ihrem Anteil entsprechend vertragsgemäß 21 Jahre lang Strom von TRIANEL-Lünen zu dessen Gestehungspreis abnehmen müssen, zuzüglich Zins und Tilgung für die Finanzierung des Lünener Kraftwerks.

Der Strompreis an der Europäischen Strombörse ist aber deutlich niedriger als der Gestehungspreis von TRIANEL-Lünen, vermutlich „bis in alle Ewigkeit“.

Die Lünener Stadtwerke, die nur einen ganz kleinen Anteil am TRIANEL-Kraftwerk erworben haben, haben deshalb zur Vorsorge bereits bilanzielle Rückstellungen gebildet.

Die Stadtwerke, die sich hohe Anteile an der TRIANEL Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG gesichert haben, wie z.B. die ewmr (Stadtwerke Bochum, Herne, Witten) werden umso größere Verluste schreiben. Wer kommt für diesen Schaden auf?“



ZUSCHRIFTEN

(LESERBRIEFE MÜSSEN NICHT DER MEINUNG DER REDAKTION ENTSPRECHEN)

BEI DER „TAFEL“ HAT SICH NICHTS GEÄNDERT!

Ihr Bericht über die Wittener Tafel in der Ausgabe 1/2012 war sehr informativ. **Als selbst Betroffener, der auf die Tafel angewiesen ist, muss ich leider feststellen, dass sich die Situation bislang nicht verbessert hat.** Im Gegenteil: Die Anzahl der Bedürftigen steigt weiterhin.

Erschreckend für mich, dass immer mehr junge Menschen mit abgeschlossener Ausbildung, Studenten, Menschen mit jahrzehntelanger Berufserfahrung, Kinder, Behinderte... „bedürftig“ geworden sind.

Zur derzeitigen Situation habe ich konkrete Verbesserungsvorschläge:

- Verlängerung der Verkaufsöffnungszeiten der Tafel bis in den **Nachmittag**. Warteschlangen werden verkürzt, die mittags eingetroffene Wa-

re kann noch am selben Tag an die Kunden weitergegeben werden.

- **Überdachte Sitzgelegenheiten** für Behinderte, Schwangere etc. zur Verfügung stellen.

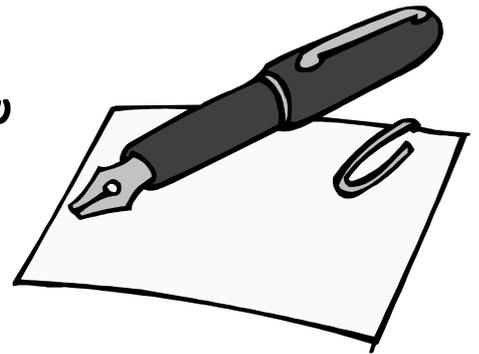
- **Bessere Vermarktung der Ware**, abgelaufene, zum Teil vergammelte Lebensmittel nicht endlos lagern und damit die Regale füllen, „Neuware“ direkt an die Kunden weitergeben.

- Während der Essensausgabe sollte die **Benutzung der Toilette** möglich sein – ist in der „freien“ Gastronomie gesetzlich vorgeschrieben.

- Die sogenannte **Gemeinnützigkeit** und Sinnhaftigkeit des „**Bundesverbandes Deutsche Tafel e.V.**“ überprüfen.

Die beschriebenen Vorschläge könnten und müssten sofort umgesetzt werden. Denn der Winter steht wieder bevor.

Es ist so entwürdigend, bei Minustemperaturen im Regen und Schnee auszu-



harren, um dann abgelegte Lebensmittel billig einzukaufen – während zeitgleich die riesigen Discounter mit ihrem völlig überzogenen Warenangebot die (noch) finanzkräftigen Kunden locken, mit laufend frischer Ware, großzügigen wohltemperierten Räumlichkeiten bis zu 12 Stunden täglich ohne Wartezeiten...

Das Überangebot führt dazu, dass über 30 % der Lebensmittel weggeworfen werden bzw. bei der Tafel landen – noch steuerlich absetzbar für die Konzerne!

Und die erhöhte Almosenbereitschaft der Vermögenden zur „Weihnachtszeit“ ist eher verletzend ...

Armes reiches Deutschland!

Meine persönlichen Erfahrungen und die zahlreichen Gespräche mit Betroffenen führen mich/uns zu der Erkenntnis:

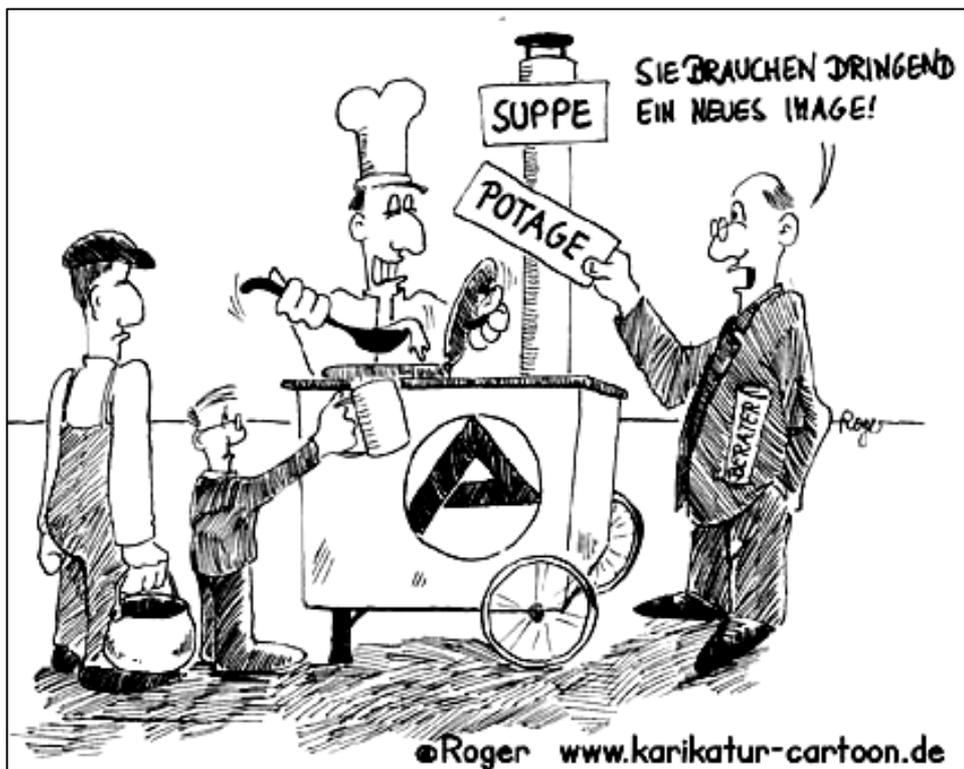
Der Bundesverband Deutsche Tafel e.V. sollte aufgelöst werden! Gebt den Bedürftigen ihre Menschenwürde zurück!

Gebt Ihnen Arbeit und einen gerechten Lohn, sodass sie selbst über ihr Leben bestimmen können.

Menschen, die nicht (mehr) arbeiten können, verdienen unsere volle Solidarität. **Leider haben wir keine Lobby in Witten.**

Daher bitte ich um Veröffentlichung meiner Gedanken und Erfahrungen in Ihrer außergewöhnlichen Zeitung „Witten im AUFbruch“.

W.D., Witten



©Roger www.karikatur-cartoon.de

REAKTIONEN AUF STOCKUMER ASBEST-SKANDAL

Die Information unserer Zeitung, über den unsachgemäßen und gesundheitsgefährdenden Abriss von Asbest-Zementplatten der ehemaligen Wellershoff-Hallen im Rosenthalring in Witten-Stockum hat ein vielfältiges Echo ausgelöst.

- Anwohner verteilten die Zeitung „Witten im AUFbruch“, wodurch viele erstmals auf den Asbestskandal aufmerksam wurden.

- Einige hatten dieselben Beobachtungen wie unsere aufmerksamen Leser gemacht und trugen neue Erkenntnisse zum Sachverhalt bei. In der Kindertagesstätte, die direkt nebenan liegt, war die Empörung bei Erzieherinnen und Eltern sehr groß.

- Die Redaktion erhielt neue Informationen zum Fortgang der Arbeiten und neue Bilder.

- Die Anfragen unseres Ratsmitglieds Achim Czulwick bei der Bürgermeisterin dagegen wurden zwar beantwortet, aber letztlich weder aufgegriffen noch erkennbare Schutzmaßnahmen eingeleitet. Die Kontrollen vor Ort fanden immer dann statt, wenn auf der Baustelle nicht gearbeitet wurde. Die Frage, warum nicht entsprechend den laut Verordnung vorzulegenden Arbeitszeiten kontrolliert wurde, blieb unbeantwortet.

Die Frage, ob Interessenkonflikte bei der Aufsicht vorliegen, wurde als unverständlich bezeichnet. Hätten wir besser fragen sollen, ob Gelder fürs Wegsehen geflossen sind?

- Auch die eingeschaltete Bezirksregierung in Arnsberg blieb außer einem Besuch vor Ort gegenüber dem Architekten und der Baufirma untätig und empfahl einem Ehepaar den Gang zum Staatsanwalt.

Nach wie vor ist höchste Wachsamkeit geboten, denn die Hälfte der rund 3.000 m² Asbestdachfläche steht noch zum Abriss an.

Nachfolgend die neuen Informationen und Erkenntnisse:



„Vorher“ Bild vom 16.8.2012

Einschüchterungsversuch

(aus einer Zuschrift)

„Die beiden Aufsichtsbeamten standen bei uns vor der Haustür und meinten, sie wären wiederholt unverrichteter Dinge rausgekommen. Jedesmal seien keine Aktivitäten zu sehen.

Und sie fragten dann, ob mir bekannt ist, dass sie mir ihre Einsätze in Rechnung stellen könnten.

Weiterhin meinten sie, dass ich wohl kaum das Wissen hätte, ob die Arbeiten ordnungsgemäß ausgeführt wurden.“

Stillschweigende Korrektur – ein Schuldeingeständnis

(aus einer Zuschrift)

„Obwohl ja angeblich keine Gesundheitsgefahr besteht, wird jetzt plötzlich am 23.10. ein kleiner Restteil des Daches doch mit Schutzanzug und Maske entfernt. Nachdem bereits ca. 1.500 qm ohne jeglichen Schutz entfernt wurden.

Bleibt abzuwarten, wie im nächsten

Jahr der zweite Teil der Halle entfernt wird. Mit oder ohne Schutzvorkehrungen. „

„Für mich ist das ein Eingeständnis, dass die Verantwortlichen genau wussten, dass sie ein Umweltverbrechen begangen haben.

Es bringt was, wenn man nicht wegschaut, sondern sich wehrt.“

Warum hat das sonst niemand aufgegriffen?

(aus einer Zuschrift)

„Mich würde interessieren, ob nach Ihrer Anfrage auch andere Parteien sich darum gekümmert haben. Alle reden vom Schutz der Umwelt, aber wenn es mal wirklich ernst wird, ist man als Bürger doch ziemlich allein auf sich gestellt.“

Unseres Wissens hat sich kein Ratsmitglied außer Achim Czulwick (AUF Witten) dafür interessiert. Dieselbe Erfahrung machten wir bei den Protesten gegen den Gestank von Degussa/Sasol und bei der Aufdeckung der tödlichen Vergiftungen bei HP Pelzer Chemie. Deshalb unser Motto: Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern! (die Redaktion)



„Nachher“: Bild vom 23.10.2012

STADTENTWICKLUNG – EIN BLICK AUF DIE ZUKUNFT WITTENS (3)

Von René Schlüter – Sprecher im Vorstand von AUF Witten

Unsere weiterführende Beschäftigung mit dem Stadtentwicklungskonzept *Unser Witten 2020* möchten wir, aufgrund der Komplexität der gestellten Aufgabe und zum besseren Verständnis für den Leser, mit einer kurzen Zusammenfassung unserer in den letzten Ausgaben gemachten Aussagen einleiten.

Die Ausarbeitung des Stadtentwicklungskonzept *Unser Witten 2020* wurde ohne Beteiligung der großen Mehrheit der Wittener Bevölkerung begonnen. Damit wurde das Stadtentwicklungskonzept vom Start weg ohne eigentlich zum Prozess einer wirklichen Stadtentwicklung zwingend notwendige breite Basis innerhalb der Wittener Bürgerschaft gestartet.

Es wurde auch jede Chance vertan, durch eine enge Einbeziehung der Wittener Bevölkerung eine Kommunikation und Diskussion der Zukunft unserer Stadt zwischen den Wittener Bürgerinnen und Bürgern zu initiieren.

LEBENSWERTE WITTEN?

Gerade diese Kommunikation und Diskussion innerhalb der Bevölkerung ist aber aufgrund der im Verlauf gerade zwischen den Bürgern unerlässlich zu schließenden Kompromisse und der Tatsache, dass vor allem wir Bürger auch den Charakter unserer Stadt aus-

machen unverzichtbar.

Nachdem wir also noch einmal dem vorliegenden Stadtentwicklungskonzept bis hierher eine vollkommen unzureichende Einbeziehung der Bevölkerung konstatieren, wollen wir nun sehen, wie die Stadt in ihrer uns vorliegenden Dokumentation des Prozesses weiter vorgeht.

Unter dem Oberbegriff *Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung* folgen nun Aussagen zum demografischen Wandel, zu den städtischen Finanzen und auf den Ergebnissen von überregionalen Studien beruhende Schlussfolgerungen zur Zukunftsfähigkeit Wittens.

Hierbei fällt auf, dass der sicherlich



vorhandene Bevölkerungsrückgang und vor allem die unzweifelhaft vorhandenen Finanzprobleme unserer Stadt unterschwerlich im Gegensatz zur Entwicklung unserer Stadt gesetzt werden, wenn davon gesprochen wird, dass rückläufige Einnahmen und die Erfüllung des vorhandenen Haushaltssicherungskonzepts zu **Anpassungen bei sozialen und kulturellen Einrichtungen**, und damit zu **Einschnitten in der Lebensqualität** in unserer Stadt führen.

Interessanterweise wird aber eben jene Lebensqualität an selbiger Stelle gerade in Zeiten eines Bevölkerungsrückganges als **maßgeblich für den Erfolg** einer Stadtentwicklung hervorgehoben.

INNOVATIVES WITTEN?

Nach dieser kurzen Zusammenfassung der in der Dokumentation genannten Rahmenbedingungen wollen wir uns nun dem von der Stadt erarbeiteten **Leitbild der Stadtentwicklung** zuwenden.

WITTEN – Universitätsstadt an der Ruhr; eine lebenslange Perspektive; überschaubar, grün, zentral, weltoffen, tolerant, sympathisch, vielfältig, vernetzt, innovativ, klingt auf den ersten Blick erst mal sehr vielversprechend.

Auch wenn hier nochmal betont werden soll, dass sich an der als Grundlage benutzten Online-Befragung nur unter 1 Prozent der Wittener Bevölkerung beteiligt haben.

Bei genauerem Hinsehen stellen sich aber auch zu diesen auf den ersten Blick vielversprechenden Aussagen einige Fragen.





Sieht so ein lebenswertes Witten aus? Unsere Dokumentation der Verwahrlosung und des Rückbaus von Spielplätzen beweist das genaue Gegenteil, auch wenn das als „Qualitätsoffensive“ gefeiert wird!

Hierbei sticht zunächst gleich die erste Aussage **Universitätsstadt an der Ruhr** ins Auge. Da sie zwar einerseits durchaus richtig ist, sie aber andererseits mit Bezug auf die öffentlich finanzierten und weit größere Studentenzahlen aufnehmenden Universitäten der Nachbarstädte Bochum und Essen doch etwas vollmundig und außerdem somit keinesfalls etwas besonderes bzw. Witten spezifisches in der näheren Umgebung unserer Stadt darstellt.

Im Rahmen eines **Leitbildes der Stadtentwicklung** sollte jedoch gerade am Beginn seiner Formulierung eher etwas stehen, **das Wittens besonderen Charakter gerade innerhalb seiner näheren Umgebung ausmacht**, was somit hier nicht wirklich gegeben ist.

ZWISCHEN REALITÄT UND WUNSCHDENKEN

Eine **lebenslange Perspektive** sollte wohl jede Stadt außerhalb eines Krisen- oder Kriegsgebietes ihren Bürgern bieten können, diese Aussage innerhalb eines Leitbildes der Stadtentwicklung zu benutzen, wirkt so, als wäre etwas, das eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, **in unserer Stadt ein noch zu erreichendes Ziel**.

Auch die folgende Aneinanderreihung von Adjektiven beschreibt zum größten Teil nur Eigenschaften, die sich wahr-

scheinlich viele Städte da draußen wünschen bzw. für sich deklarieren würden.

Im vorliegenden Stadtentwicklungskonzept werden die genannten Eigenschaften und die lebenslange Perspektive nun zu **Leitlinien weiterentwickelt**, mit denen wir uns im Folgenden beschäftigen möchten.

Diese Leitlinien sind:

1. *Der traditionsreiche Industriestandort mit hohem Innovationspotenzial,*
2. *Die grüne Stadt an der Ruhr,*
3. *Die soziale und gesunde Stadt: Eine lebenslange Perspektive,*
4. *Der attraktive Wohnstandort in zentraler Lage im mittleren Ruhrgebiet,*
5. *Die sport- und bewegungsfreudige Stadt,*
6. *Die Stadt der Kultur und*
7. *Die individuelle und kompakte Einkaufsstadt.*

DESINTERESSE AM BÜRGER

Im Verlauf der Dokumentation werden diese Leitlinien noch etwas weiter spezifiziert, wobei weiterhin auffällt, wie sehr man sich **im Bereich von All-gemeinplätzen aufhält**.

Das könnte vielleicht daran liegen, dass sich auch an diesem Punkt wieder zeigt, wie sehr unsere etablierten (Rats-)Politiker und unsere Verwaltung eigentlich einen guten Draht zu uns Bürgern im allgemeinen, und besonders in Bezug auf ein Stadtentwicklungskonzept **bräuchten**, ihn **aber** auch, wie beschrieben, **nicht wirklich suchen**.

Ohne diesen Draht wird jedoch jede geplante Stadtentwicklung und eigentlich sogar jede Form von (Kommunal-)Politik und Verwaltung **sinnentleert**, da sie ohne Kommunikation und Diskussion mit der Bevölkerung wohl kaum ihren Zweck, den Dienst am Bürger, erfüllen kann.

Einmal mehr sollte auch hier unsere Verantwortung als Bürger für die Zukunft unserer Stadt und auch die Notwendigkeit, diese wirklich wahrzunehmen, deutlich werden.

In diesem Sinne beenden wir unseren heutigen Blick auf *Unser Witten 2020* beinahe traditionell mit **Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern** und verweisen auf die kommende Ausgabe im nächsten Jahr.

Alljährlich wird in AUF Witten der Vorstand neu gewählt, der gestützt auf die Diskussionen einer Programmversammlung Mitte des Jahres und die Beschlüsse der Jahreshauptversammlung zum Jahresende die kommunalpolitischen Aktivitäten koordiniert und auswertet.

Sowohl Mitglieder als auch interessierte Gäste können sich ernsthaft einbringen: auch Ihr Engagement, liebe Leserin und lieber Leser, ist gefragt!

Denn nur so kann unser Ansatz Wirklichkeit werden, eine wirklich andere bisher nicht praktizierte Politik zu gestalten als die Etablierten.

Auf Seite 12 finden Sie Ort und Zeit der öffentlichen Jahreshauptversammlung, wir freuen uns auf Sie!

DEZENTRALES WASSERMANAGEMENT ALS BEITRAG ZUR SCHLIESSUNG DER LOKALEN KREISLÄUFE

von Frau Dr. rer. nat. Margot Franken - Gewässerökologin

Unser zentrales Wasserver- und -entsorgungssystem, das seit seiner „Erfindung“ im 19. Jahrhundert überall auf der Welt kopiert wird, ist nicht nachhaltig, weder ökologisch noch ökonomisch! Das weisen inzwischen viele Studien nach. Manche bezeichnen es als eine Maschinerie zur Zerstörung von Ressourcen und Energie. Und das Teuerste am System sind nicht etwa unsere hochkomplexen Kläranlagen, sondern die Abwasserkanäle. Sie verschlingen etwa 70 % der Kosten des gesamten Abwassersystems, im ländlichen Raum fällt die Bilanz noch schlechter aus. Trotzdem halten Siedlungswasserwirtschaftler und Politiker an diesem System fest.



HEUTIGES SYSTEM HAT GROSSE NACHTEILE

In der Regel nutzen wir Grundwasser und Oberflächengewässer für unsere Wasserversorgung. Und in der Regel ist das kein Problem, denn Deutschland hat genügend Wasser. Nur – die Aufbereitung muss immer aufwändiger werden.

Denn, vor allem Oberflächenwasser, aber auch viele Grundwässer, haben nicht die genügende Qualität. **Trotz intensiver Aufbereitung häufen sich Nachrichten über unerwünschte Inhaltsstoffe** in unserem Trinkwasser, Spuren von Pestiziden, Medikamenten, Hormonen und hormonähnlichen Stoffen, sogenannte **Mikrokontaminanten**, in manchen Gegenden auch Uran.

Durch Phosphatdünger gelangen Uran und Cadmium auf unsere landwirtschaftlichen Flächen und weiter in die Grundwasserreservoirs. Auch Pestizide, zu denen auch viele hormonähnliche Stoffe gehören, nehmen diesen Weg.

Dieses teuer aufbereitete Trinkwasser gelangt durch ein teures Verteilernetz in unsere Wohnungen, wo wir dieses beste Wasser für alles verwenden, auch zum Putzen und für die Toilettenspülung. Dafür könnten wir sehr viel schlechtere Qualität, das heißt nicht aufbereitetes Wasser nehmen. **Aber das würde bedeuten, ein neues zweites Verteilernetz zu bauen und zu betreiben.**

Nach der Verwendung im Haushalt geht das Abwasser in ein Kanalnetz, das entweder Abwasser und abgeleitetes Regenwasser aufnimmt (Mischkanalisation) oder nur Abwasser; das Regenwasser wird dann direkt durch ein anderes Kanalnetz entsorgt (Trennkanalisation).

Die **Mischkanalisation** hat den Nachteil, dass nach starken Regenfällen die Kläranlage überlastet ist und fast das gesamte Abwasser ungerichtet in den nächsten Vorfluter umgeleitet wird.

Die **Trennkanalisation** hat den Nachteil, dass stark verschmutztes Regen-

wasser nie zur Reinigung kommt, wenn nicht eine zusätzliche Regenwasserreinigung vorgesehen wurde.

Die Kläranlagen reinigen das Wasser, unter hohem Energieverbrauch, setzen Klärschlamm ab, der deponiert oder verbrannt werden muss, und das gereinigte Abwasser wird in den Vorfluter geleitet. Aber auch da sind natürlich nicht alle Stoffe abgebaut, wieder sind es die sogenannten **Mikrokontaminanten**, die in die Gewässer gelangen und dort zum Beispiel Geschlechtsveränderungen bei den Fischen verursachen, meist die Verweiblichung der männlichen Fische.

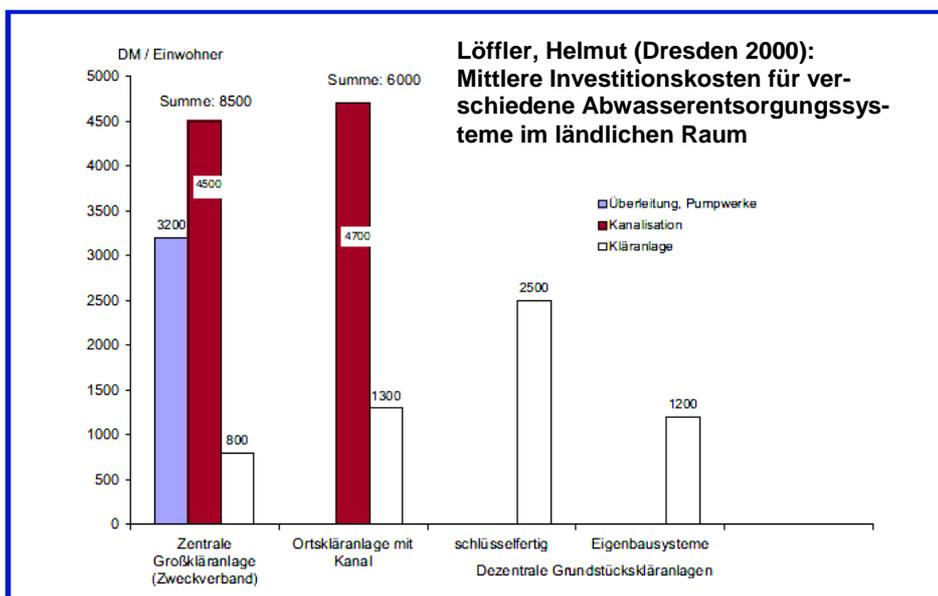
DEZENTRALE ANLAGEN SIND BESSER

Wir können die verschiedenen Wasserströme, gutes Trinkwasser und schlechteres Brauchwasser für andere Zwecke, trennen **ohne weitläufige doppelte Rohrleitungen. Die sind nur im Haus selbst nötig.**

Als Brauchwasser können wir Regenwasser vom Dach nutzen, das nach entsprechender Aufbereitung, zum Beispiel durch Umkehrosmose auch als Trinkwasser verwendet werden kann.

Auch die Abwasserströme können wir trennen und so Nährstoffe zurückgewinnen und außerdem noch Energie erzeugen.

Das kann man durchaus fast **im Eigenbau** machen, wenn wir **Kompost-Toiletten** und für das verbleibende kaum verschmutzte Grauwasser **Pflanzenkläranlagen** einsetzen. In **größeren Wohneinheiten** kann man aber auch **Vakuumentoiletten** einführen und am Ende **Dünger** für den Garten und **Bio-gas** aus den Toilettenabwässern und den



Küchenabfällen gewinnen, wobei das Gas wiederum in der Wohnsiedlung als Energiequelle zur Verfügung steht.

TRENNUNG UND WIEDERVERWERTUNG

Mit den Exkrementen (fest und flüssig) einer Person als Dünger kann man 200 kg Getreide erzeugen.

Urin ist der beste NPK (Stickstoff-, Phosphor-, Kalium-) Dünger, der außerdem wie ein Mineraldünger leicht verfügbar ist, während die kompostierten oder von Regenwürmern aufbereiteten Feststoffe die Strukturbildung und Humusbildung des Bodens unterstützen.

Im gegenwärtigen System werden diese Stoffe mit **hohem Energieaufwand** aus den Abwässern entfernt ohne die Möglichkeit der Wiederverwendung.

Die dezentral gereinigten Abwässer geraten in der Regel nicht direkt in ein Oberflächengewässer, sondern werden wieder verwendet, für die Bewässerung genutzt und/oder versickert. Bei der Bodenpassage sind viele Mikroorganismen am Abbau der Schadstoffe be-

teiligt und **diese Bodenorganismen reinigen effektiver als die Mikroorganismen im Gewässer**. So können auch Mikrokontaminanten besser abgebaut werden.

Durch die Kleinräumigkeit der dezentralen Systeme sind also eine **Trennung der Stoff-Flüsse und die Wiedernutzung der Nährstoffe für Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft möglich**.

AUF DEM LAND DAMIT BEGINNEN

Dieses System bietet sich **zuerst und vor allem für den ländlichen Raum** und locker gebaute Vorstadtsiedlungen an, wo auch die Kanalnetze besonders weitläufig und teuer sind im Vergleich mit der angeschlossenen Einwohnerzahl.

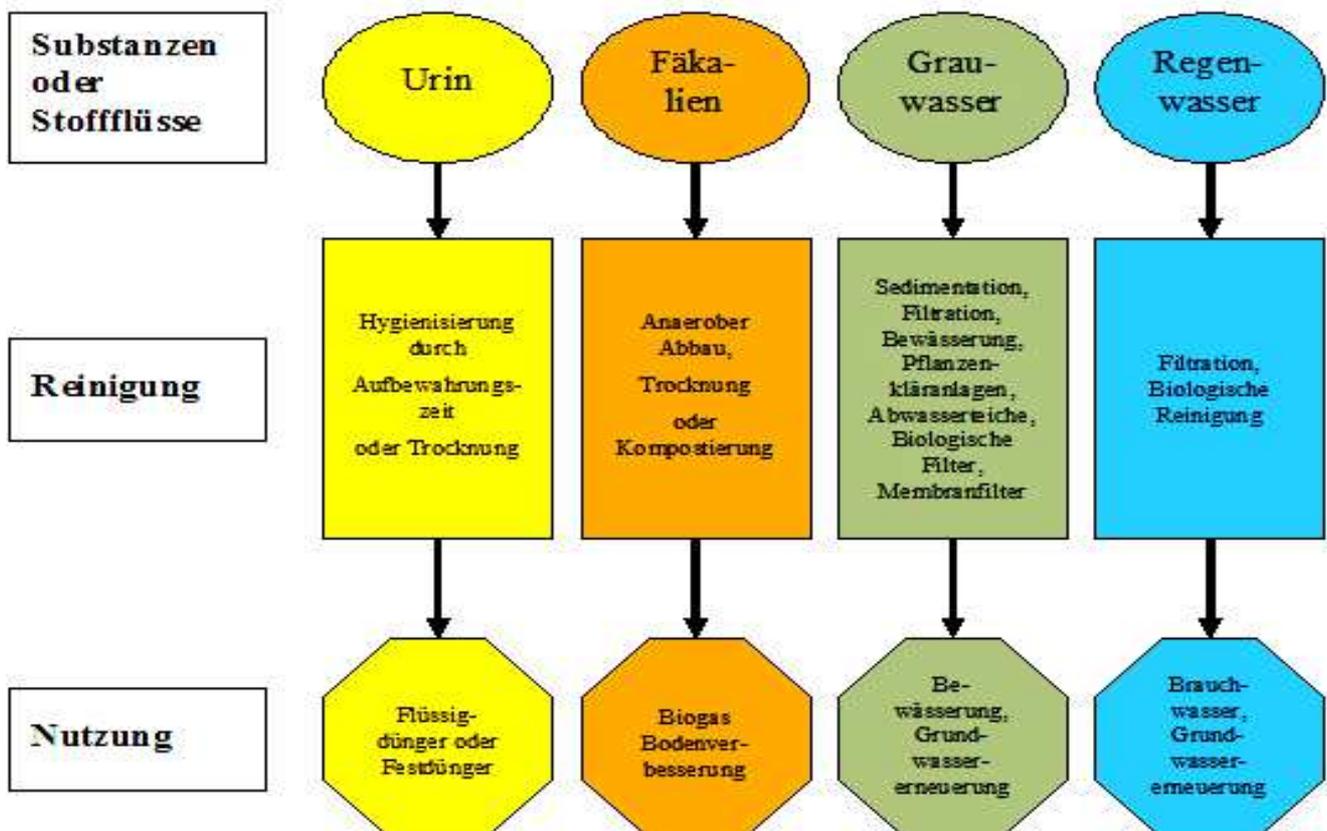
Aber auch in der Stadt sind sie anwendbar, wenn die entsprechenden Dienstleistungen aufgebaut werden hinsichtlich Transport und Weiterverarbeitung der Rohstoffe Urin und Festexkreme, wie es in manchen Ländern wie Mexiko oder Bolivien vorgemacht wird.

Auch gibt es schon **autarke Häuser**, zum Beispiel in Nürnberg wird in einem Wohn- und Bürohaus alles Regenwasser auf dem Grundstück (ohne Garten) gesammelt, gereinigt, gespeichert und genutzt, und der Rest versickert. Oder in Katmandu, ein Einfamilienhaus auf 135 m² Grundfläche, das vollkommen ohne Anschluss an die zentrale Trinkwasserleitung und den zentralen Abwasserkanal auskommt und auf seinen Balkonen Gemüse und Obst mit dem eigenen Dünger erzeugt. **Das selbstversorgende und „abwasserfreie“ Haus ist also möglich**.

Verschiedene Studien belegen darüber hinaus, dass **dezentrale Systeme ökonomischer sind, in Erstellung und Betrieb**.

Die notwendige Technik ist vorhanden (Low-Tech und High-Tech, je nach Situation und Geldbeutel) und könnte bei vermehrter Nutzung wesentlich kostengünstiger werden.

Doch unsere Gesetze bestehen auf dem Anschlusszwang. Es ist aber höchste Zeit, sich über die Zukunft Gedanken zu machen und mutig Pilotprojekten Raum zu geben!



Trennung der Stoff-Flüsse und Möglichkeiten der Reinigung und Wiederverwendung (GTZ 2002)

KÄMPFERISCH, ANGRIFFSLUSTIG UND STREITBAR

von Dirk Adamczak, Mitglied von AUF Witten und Teilnehmer der Montagsdemo

Die bundesweite Montagsdemonstrationsbewegung hatte für den 6. Oktober zur 9. Herbstdemonstration gegen die Regierung aufgerufen. 1.000 Menschen sind zum Protest nach Berlin gekommen: Delegationen von vielen Montagsdemonstrationen aus ganz Deutschland, Industriearbeiter von Opel und Ford, aus den Stahlwerken und den Werften, Aktivisten aus Umweltinitiativen und der Anti-AKW-Bewegung, Mitglieder von Gewerkschaften, der Linkspartei, der MLPD, von Solidarität International, dem Frauenverband Courage und aus Migrantenorganisationen.



SOLIDARISCH UND INTERNATIONAL

„International gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf dem Rücken der Völker. Für eine lebenswerte Zukunft. Das Volk sind wir!“, unter diesem Motto stand die Herbstdemonstration in diesem Jahr.

„Wir fühlen uns verbunden mit den Streiks und mächtigen Demonstrationen gegen die Krisenprogramme in vielen europäischen Ländern.“, so brachte Ulja Serway von der bundesweiten Koordinierung der Montagsdemonstrationen auf der Auftaktkundgebung die Solidarität mit den Streiks und Protesten in Griechenland, Spanien und Portugal zum Ausdruck.

Immer wieder werden von den Regierungen der EU-Länder neue Rettungsschirme aufgespannt. Hunderte Milliarden Euro stehen für die Rettung maroder Banken bereit.

Um das zu finanzieren, sollen die Menschen immer mehr soziale Einschnitte hinnehmen, werden die Löhne gekürzt und steigen die Lebenshaltungskosten.

So sind in Griechenland Arzneimittel und die medizinische Versorgung kaum noch

bezahlbar, in Spanien ist mehr als die Hälfte der Jugendlichen arbeitslos.

In Deutschland verfügen inzwischen 10% der Reichsten über 53% aller Privatvermögen, die untere Hälfte dagegen nur über 1%. Die Schere zwischen Arm und Reich klappt immer weiter auseinander.

HARTZ IV: EINE ERFOLGSSTORY?

Dieser Meinung ist jedenfalls Gerhard Schröder (SPD), unter dessen Kanzlerschaft die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze auf den Weg gebracht worden sind.



„Wir haben zwei Millionen Arbeitslose weniger im Vergleich zu 2005, als die Reformen umgesetzt wurden. Das ist ein Gewinn für die Gesellschaft, aber vor allem für die, die Arbeit gefunden haben und für ihre Familien“, so der Alt-Bundeskanzler.

Was für ein Hohn! Vergisst er die Menschen, die immer noch auf das Arbeitslosengeld II angewiesen sind?

4,5 Millionen müssen inzwischen von Hartz IV leben, ein Fünftel der Beschäftigten arbeiten heute im Niedriglohnbereich. Und das sieht Schröder als ein Gewinn für die Gesellschaft an?

Ist es denn ein Erfolg, wenn immer mehr Menschen **Ein-Euro-Jobs** aufgezwungen werden, auf 400 Euro-Basis arbeiten müssen, **so wenig verdienen, dass ihr Lohn mit Hartz IV aufgestockt** werden muss und immer mehr **Leiharbeitsverhältnisse** entstehen?

Auch das sind die Folgen der Hartz-Gesetze. Doch Schröder weist die Kritik zurück, dass Deutschland durch die Einführung von Hartz IV unsozialer geworden ist. Schließlich sei Solidarität keine Einbahnstraße. Wer arbeitet und Steuern zahlt, könne auch die Solidarität derer einfordern, die soziale Leistungen erhalten.

Heftige Kritik gab es auch am designierten Kanzlerkandidaten der SPD Peer Steinbrück, vertritt dieser Politiker doch die Auffassung, dass die Reformpolitik ganz wesentlich dazu beigetragen hat, dass Deutschland im vergangenen Jahrzehnt wieder **wettbewerbsfähig** geworden ist.

„Ich bin überzeugt, dass die Agenda einmal als eine der größten politischen Leistungen der Nachkriegszeit in die Geschichtsbücher eingehen wird.“

Und in einer Bundestagsrede im September 2008: „Die in den vergangenen Jahren ergriffenen Maßnahmen waren nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht richtig, sie haben auch zu mehr Teilhabe und deshalb zu mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft geführt.“

Genau das Gegenteil ist der Fall. Hartz IV macht die Arbeitslosen zu Menschen zweiter Klasse, grenzt sie aus vom kulturellen und gesellschaftlichen Leben. Von Gerechtigkeit kann da keine Rede sein.

Als die Regierenden vor 10 Jahren die Einführung der Hartz-Gesetze beschlossen hatten, hieß es, die Arbeitslosigkeit solle halbiert, die Sozialkassen saniert und ein lang anhaltender Wirtschaftsaufschwung herbeigeführt werden. Das waren alles nur leere Versprechungen!

Stattdessen steigt die Zahl der Menschen in Deutschland, die unter der Armutsgrenze leben, immer weiter an und die Reallohneinkommen sind seitdem enorm gesunken.

Um das schön zu reden, behauptet die Bundesregierung jetzt, dass die Hartz-Gesetze dazu beigetragen haben, dass Deutschland von der Weltwirtschaftskrise nicht so sehr betroffen sei, wie andere Länder Europas.

Was zukünftig auf die Menschen zukommen wird, wie sich die Lebensverhältnisse dramatisch verschlechtern werden, das wird natürlich bewusst verschwiegen.

Immer noch wird durch eine Krisen-dämpfungspolitik versucht, der Bevölkerung zu suggerieren, dass es uns doch relativ gut gehen würde.

In Europa wird Berlin jedoch immer mehr zum Scharfmacher, um eine gnadenlose Sparpolitik in anderen Ländern durchzusetzen - im Interesse der Banken und Konzerne.

„WIR SIND DOCH ALLE GRIECHEN, SPANIER UND PORTUGIESEN“

Durch ein europaweit koordiniertes Krisenprogramm sollen die Folgen der Weltwirtschafts- und Finanzkrise auf dem Rücken der Bevölkerung abgewälzt werden.

Die internationale Solidarität und die Organisierung des gemeinsamen europaweiten Widerstandes war deshalb ein besonderes Anliegen der diesjährigen Herbstdemonstration.

Begeistert wurde eine Delegation der griechischen Stahlarbeiter aus Aspropyrgos be-



grüßt, die in einem über 270 Tage langen Streik für ihre Arbeitsplätze gekämpft hatten.

Es sprach ein Vertreter der Bewegung „Sans Papiers“ aus Frankreich und der Protestmarsch der Flüchtlinge richtete solidarische Grüße an die Herbstdemonstration.

„Wir sind doch alle Griechen, Spanier und Portugiesen“ rief ein Redner auf der Abschlusskundgebung den Teilnehmern zu und machte deutlich, dass die Montagsdemonstrationsbewegung den gleichen Gegner hat, wie die kämpfenden Massen in Südeuropa.

KÄMPFERISCH, STOLZ UND SELBSTBEWUSST

Es war wieder eine beeindruckende und begeisternde Demonstration am 6. Oktober in Berlin - kämpferisch, angriffslustig und streitbar, mit vielen klaren Worten und überzeugenden Argumenten, die viel Zuspruch und Zustimmung unter den Passanten und der Bevölkerung gefunden haben.

Einig waren sich alle Teilnehmer der Herbstdemo darin, dass Hartz IV vom Tisch muss - ohne Wenn und Aber. Wir wollen nicht hinnehmen, dass diese volks-

feindlichen Gesetze weiterhin umgesetzt werden - ganz egal, ob von einer schwarz-gelben oder einer rot-grünen Bundesregierung.

Mit kleinen Zugeständnissen und halbherzigen Erhöhungen der Regelsätze, wie zuletzt um 8 Euro, geben wir uns nicht zufrieden. Da reicht auch keine Generalrevision von Hartz IV, wie es die Vorsitzende der Linkspartei Katja Kipping forderte.

UMFAIRTEILEN?

Wir brauchen weitergehende Forderungen, als die Einführung einer Vermögenssteuer, die die Kampagne „Umfairteilen“ in den Mittelpunkt stellt. Werden mit den Einnahmen aus einer Vermögenssteuer dann wieder neue Rettungsschirme aufgespannt und das Geld fließt wieder den Banken und Konzernen zu?

Eine Umverteilung von oben nach unten wird es in einem System, in dem alles dem Profit untergeordnet ist, ohnehin nicht geben. Solange werden sich die Lebensverhältnisse der Menschen nicht ändern.

Wenn wir eine lebenswerte Gesellschaft mit Zukunft und Perspektive wollen, müssen wir selbst dafür eintreten. Kämpfen wir dafür! Schließen wir uns zusammen und gehen wir mit unseren Forderungen auf die Straße. Zeigen wir unsere Alternativen auf!

Machen wir den Montag zum Widerstandstag!

jeden Montag um 17.00 Uhr an der Nordstraße, gegenüber dem Berliner Platz



INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Von Diana Vöhringer – Mitglied in AUF Witten

Im Frühjahr diesen Jahres streikten griechische Stahlarbeiter in der Nähe von Athen über 270 Tage für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze, gegen Lohnkürzungen und gegen das europäische Krisenprogramm. Sie verdienten in dieser Zeit keinen Cent. Daraufhin entwickelten Frauen vom *deutschen Kämpferischen Frauenrat* die Idee, für die griechischen Familien einen LKW mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln, Babynahrung usw. nach Griechenland zu schicken und dafür in ganz Deutschland zu sammeln. Dazu sollte auch der Frauenpolitische Ratschlag, der im September stattfand, genutzt werden. (Wir berichteten in unserer letzten Ausgabe – die Redaktion)

Auch in Witten wurde diese Idee begeistert und tatkräftig aufgegriffen.

Verschiedene Organisationen, der Frauenverband Courage, die MLPD, AUF Witten, die Montagsdemonstration und Einzelpersonen sammelten im Stadtgebiet, in Geschäften und sogar bei den Stahlarbeitern an den Werkstoren des Edelstahlwerks DEW erfolgreich für die griechischen Kollegen und ihre Familien.

Letztendlich kamen sechs volle Umzugskartons mit Spenden zusammen, die wir nach Ludwigsburg zum Frauenpolitischen Ratschlag transportierten.

Von dort ging dann ein LKW beladen mit 4,7 Tonnen (!) auf die Reise nach Griechenland zur Stahlarbeiterstadt Aspropyrgos.

Dort wurde alles an die Stahlarbeiter und ihre Familien verteilt.

Für mich ist das ein Stück gelebte Arbeitereinheit und internationale Solidarität.

Die führenden europäischen Regierungen - allen voran die deutsche - gemeinsam mit dem internationalen Finanzkapital wollen uns spalten und

uns glauben machen, **die Griechen seien selbst schuld** an ihrer Situation.

Aber die Rettungsschirme erreichen nicht das griechische Volk, sondern bedienen nur die Banken.

Solche Solidaritätsaktionen müssen Schule machen, verbunden mit der Aufklärung über die tatsächlichen Ursachen für die Verelendung der Menschen, nicht nur in Griechenland.

Im Namen der griechischen Stahlarbeiter möchte ich mich ganz herzlich bei allen Spenderinnen und Spendern aus Witten bedanken.



Sie sind herzlich eingeladen:

- **Öffentliche Jahreshauptversammlung**
Sonntag, 18. November 2012 von 11 -14 Uhr
Hotel Specht, Westfalenstr. 104, Witten-Annen
- **Jahresabschlussfest**
Freitag, 30. November 2012 ab 18 Uhr
„zur 3. Halbzeit“, Haldenweg 2, Witten-Heven

Impressum: presserechtlich verantwortlich sowie Informationen zur Arbeit von AUF Witten:

Romeo Frey • Bebbelsdorf 43 • 58454 Witten ☎ 02302 / 81953 • eMail info@auf-witten.de

Spendenkonto: Nr. 665 224 • Sparkasse Witten • BLZ 452 500 35

Besuchen Sie uns auch im Internet unter: www.auf-witten.de